

# Gesetz- und Verordnungsblatt

FÜR DAS LAND NORDRHEIN-WESTFALEN

Ausgabe A

---

**30. Jahrgang**      Ausgegeben zu Düsseldorf am 29. Juni 1976      **Nummer 34**

---

Glied.- Nr.	Datum	Inhalt	Seite
<b>20302</b>	10. 6. 1976	Sechste Verordnung zur Änderung der Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen . . . . .	236
<b>20305</b>	20. 5. 1976	Verordnung zur Übertragung beamtenrechtlicher Zuständigkeiten des Kultusministers des Landes Nordrhein-Westfalen. . . . .	236
<b>2031</b>	10. 6. 1976	Verordnung zur Änderung der Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Verpflichtungsgesetz . . . . .	236
<b>223</b>	24. 5. 1976	Verordnung über den Schulbezirk der Bezirksfachklasse für Arzthelferinnen an den Kaufmännischen Schulen der Stadt Mönchengladbach. . . . .	237
<b>311</b> 45	14. 6. 1976	Verordnung zur Änderung der Ersten Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten . . . . .	237
<b>7811</b>	21. 6. 1976	Verordnung zur Aufhebung der Verordnung über die Aufhebung der Hofeigenschaft . . . . .	239
<b>7830</b>	10. 6. 1976	Verordnung über Zuständigkeiten nach der Approbationsordnung für Tierärzte . . . . .	237
<b>790</b>	25. 5. 1976	Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Bundeswaldgesetz . . . . .	237
	31. 5. 1976	Bekanntmachung in Enteignungssachen; Feststellung der Zulässigkeit der Enteignung nach § 42 Abs. 2 des Landesstraßengesetzes – LStrG – vom 28. November 1961 (GV. NW. S. 305) . . . . .	238
		Berichtigung der Verordnung über die Festsetzung von Höchstzahlen der im Wintersemester 1976/77 und Sommersemester 1977 in das erste Fachsemester aufzunehmenden Bewerber an Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18. Mai 1976 (GV. NW. S. 186) . . . . .	239
	11. 6. 1976	Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte bei den aufgrund des Gesetzes zur Wiederherstellung der Selbständigkeit der Stadt Wesseling (Wesseling-Gesetz) und des Gesetzes über Gebietsänderungen im Neugliederungsraum Düsseldorf eintretenden Änderungen von Gerichtsbezirken und über die Zuweisung von Schöffen und Jugendschöffen aus der Stadt Wesseling . . . . .	239

20302

**Sechste Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über die Arbeitszeit der Beamten  
im Lande Nordrhein-Westfalen**

Vom 10. Juni 1976

Aufgrund des § 78 Abs. 3 Landesbeamtengesetz in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1970 (GV. NW. S. 344), zuletzt geändert durch Gesetz vom 8. April 1975 (GV. NW. S. 286), wird verordnet:

**Artikel I**

Die Verordnung über die Arbeitszeit der Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen (ArbZV) vom 2. 10. 1962 (GV. NW. S. 555), zuletzt geändert durch Verordnung vom 18. März 1975 (GV. NW. S. 235), wird wie folgt geändert:

1. a) In § 7 wird als Absatz 3 eingefügt:  
Die oberste Dienstbehörde kann für Dienststellen, denen neben Beamten des Landes auch Beschäftigte anderer Dienstherren angehören, bestimmen, daß von einem feststehenden täglichen Dienstbeginn und Dienstende abgewichen werden kann.
- b) In § 7 wird der bisherige Absatz 3 Absatz 4.
2. § 8 Abs. 1 erhält folgende Fassung:  
An den Tagen vor Weihnachten und Neujahr endet der Dienst um 12.00 Uhr, soweit diese Tage nicht ohnehin dienstfrei sind.

**Artikel II**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 10. Juni 1976

Die Landesregierung  
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Für den Ministerpräsidenten  
Deneke

Der Innenminister  
Hirsch

– GV. NW. 1976 S. 236.

20305

**Verordnung  
zur Übertragung beamtenrechtlicher  
Zuständigkeiten des Kultusministers  
des Landes Nordrhein-Westfalen**

Vom 20. Mai 1976

Auf Grund des § 126 Abs. 3 Nr. 2 des Beamtenrechtsrahmengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 17. Juli 1971 (BGBl. I S. 1025) und des § 79 Abs. 1 des Gesetzes zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Artikel 131 des Grundgesetzes fallenden Personen in der Fassung der Bekanntmachung vom 13. Oktober 1965 (BGBl. I S. 1685) sowie auf Grund des § 180 Abs. 3 des Landesbeamtengesetzes in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. Mai 1970 (GV. NW. S. 344) wird verordnet:

**§ 1**

Im Vorverfahren für Klagen der Beamten, Ruhestandsbeamten und früheren Beamten des Landes sowie ihrer Hinterbliebenen aus dem Beamtenverhältnis übertrage ich die Zuständigkeit zur Entscheidung über den Widerspruch auf

die Regierungspräsidenten,  
die Schulkollegien bei den Regierungspräsidenten in Düsseldorf und Münster,  
das Landesamt für Besoldung und Versorgung in Düsseldorf,  
das Landesinstitut für schulpädagogische Bildung in Düsseldorf,

die Geschäftsstelle der Staatlichen Zentralstelle für Fernunterricht in Köln,

das Landesamt für Ausbildungsförderung in Aachen,

soweit sie oder eine der ihnen nachgeordneten Behörden den mit dem Widerspruch angefochtenen Verwaltungsakt erlassen oder die sonstige Handlung vorgenommen haben, gegen die sich der Widerspruch richtet.

**§ 2**

Die Vertretung des Landes vor den Gerichten der allgemeinen Verwaltungsgerichtsbarkeit bei Klagen aus dem Beamtenverhältnis übertrage ich für die Fälle, in denen eine unter § 1 fallende Person Kläger oder Beklagter ist, auf die zum Erlaß von Widerspruchsbescheiden zuständige Behörde.

Absatz 1 gilt nicht für Verfahren, in denen die Klage vor Inkrafttreten der Verordnung erhoben worden ist.

**§ 3**

Die Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft; gleichzeitig tritt die Verordnung zur Übertragung beamtenrechtlicher Zuständigkeiten des Kultusministers vom 23. Oktober 1968 (GV. NW. S. 335) außer Kraft.

Düsseldorf, den 20. Mai 1976

Der Kultusminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Girgensohn

– GV. NW. 1976 S. 236.

2031

**Verordnung  
zur Änderung der Verordnung  
über Zuständigkeiten  
nach dem Verpflichtungsgesetz  
Vom 10. Juni 1976**

Aufgrund des § 1 Abs. 4 Nr. 2 des Verpflichtungsgesetzes vom 2. März 1974 (BGBl. I S. 469), geändert durch Gesetz vom 15. August 1974 (BGBl. I S. 1942), wird verordnet:

**§ 1**

Die Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Verpflichtungsgesetz vom 28. Januar 1975 (GV. NW. S. 158) wird wie folgt geändert:

In § 1 wird nach Nummer 2 angefügt:

3. bei Verbänden, sonstigen Zusammenschlüssen, Betrieben oder Unternehmen, die Aufgaben der öffentlichen Verwaltung wahrnehmen,

a) die für die Fachaufsicht zuständige oberste Landesbehörde,

b) die oberste Aufsichtsbehörde

der Behörden oder sonstigen Stellen, für die die Aufgaben ganz oder überwiegend wahrgenommen werden.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 10. Juni 1976

Die Landesregierung  
des Landes Nordrhein-Westfalen

(L. S.) Für den Ministerpräsidenten  
Deneke

Der Innenminister  
Hirsch

– GV. NW. 1976 S. 236.

223

**Verordnung  
über den Schulbezirk der Bezirksfachklasse  
für Arzthelferinnen an den Kaufmännischen  
Schulen der Stadt Mönchengladbach**

**Vom 24. Mai 1976**

Aufgrund des § 9 Abs. 2 Buchst. c) des Schulverwaltungsgesetzes (SchVG) vom 3. Juni 1958 (GV. NW. S. 241) in der Fassung der Bekanntmachung vom 29. April 1975 (GV. NW. S. 398) wird verordnet:

**§ 1**

Der Schulbezirk der Bezirksfachklasse für Arzthelferinnen an den Kaufmännischen Schulen der Stadt Mönchengladbach umfaßt:

die Stadt Mönchengladbach,  
vom Gebiet des Kreises Viersen:  
die Städte Viersen und Nettetal sowie die Gemeinden Brüggen, Schwalmatal und Niederkrüchten,  
vom Gebiet des Kreises Neuss:  
die Stadt Grevenbroich sowie die Gemeinden Korschenbroich, Jüchen und Rommerskirchen,  
vom Gebiet des Kreises Heinsberg:  
die Städte Erkelenz, Hückelhoven, Wegberg und Wassenberg.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am 1. August 1976 in Kraft.

Die Verordnung über den Schulbezirk der Bezirksfachklasse für Arzthelferinnen-Lehrlinge an der Berufsschule der Kaufmännischen Schulen der Stadt Mönchengladbach vom 31. August 1968 (GV. NW. S. 314) tritt zum gleichen Zeitpunkt außer Kraft.

Düsseldorf, den 24. Mai 1976

Der Kultusminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Girgensohn

– GV. NW. 1976 S. 237.

311  
45

**Verordnung  
zur Änderung der Ersten Verordnung  
über die Zuständigkeit der  
Amtsgerichte in Bußgeldverfahren  
wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten**

**Vom 14. Juni 1976**

Auf Grund des § 68 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten in Verbindung mit § 1 der Verordnung über die Ermächtigung des Justizministers zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 68 Abs. 3 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten vom 10. Dezember 1968 (GV. NW. S. 431) wird verordnet:

**Artikel I**

§ 1 der Ersten Verordnung über die Zuständigkeit der Amtsgerichte in Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten vom 9. Januar 1969 (GV. NW. S. 104), zuletzt geändert durch Verordnung vom 6. Oktober 1975 (GV. NW. S. 570), wird wie folgt geändert:

1. Nummer 14 erhält folgende neue Fassung:  
„14. Kreis Recklinghausen:  
den Amtsgerichten Castrop-Rauxel, Dorsten, Gladbeck, Haltern, Marl und Recklinghausen,“.
2. Nummer 21 erhält folgende neue Fassung:  
„21. kreisfreie Stadt Bottrop:  
den Amtsgerichten Bottrop und Dorsten,“.

**Artikel II**

Bei Einsprüchen gegen Bußgeldbescheide, die die Stadt Bottrop vor dem 1. Juli 1976 erlassen hat, richtet sich die gerichtliche Zuständigkeit weiterhin nach den bisher geltenden Bestimmungen.

**Artikel III**

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1976 in Kraft.

Düsseldorf, den 14. Juni 1976

Für den Justizminister  
Der Finanzminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Friedrich Halstenberg

– GV. NW. 1976 S. 237.

7830

**Verordnung  
über Zuständigkeiten  
nach der Approbationsordnung für Tierärzte  
Vom 10. Juni 1976**

Auf Grund des § 13 Abs. 4 der Bundes-Tierärzteordnung vom 17. Mai 1965 (BGBl. I S. 416), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Februar 1975 (BGBl. I S. 409), wird verordnet:

**§ 1**

Zuständige Behörde für die Anerkennung eines Schlachtbetriebes als Ausbildungsstätte für die praktische Ausbildung in der Schlachtier- und Fleischuntersuchung nach § 45 Abs. 2 Satz 1 der Approbationsordnung für Tierärzte in der Fassung der Bekanntmachung vom 14. Mai 1976 (BGBl. I S. 1221) ist der Regierungspräsident.

**§ 2**

Diese Verordnung tritt am Tage nach der Verkündung in Kraft.

Düsseldorf, den 10. Juni 1976

Die Landesregierung  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Für den Ministerpräsidenten  
zugleich als Minister für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

(L. S.)

Deneke

– GV. NW. 1976 S. 237.

790

**Verordnung über Zuständigkeiten  
nach dem Bundeswaldgesetz  
Vom 25. Mai 1976**

Auf Grund des § 23 Abs. 4 Satz 2, des § 34 Abs. 2 Satz 2 und des § 35 Satz 3 des Bundeswaldgesetzes vom 2. Mai 1975 (BGBl. I S. 1037) und des § 5 Abs. 1 des Ersten Vereinfachungsgesetzes vom 23. Juli 1957 (GV. NW. S. 189), zuletzt geändert durch Gesetz vom 3. Dezember 1974 (GV. NW. S. 1504), insoweit nach Anhörung des Ausschusses für Ernährung, Land-, Forst- und Wasserwirtschaft des Landtages, und auf Grund des § 36 Abs. 2 Satz 1 des Gesetzes über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. Januar 1975 (BGBl. I S. 80), geändert durch Gesetz vom 20. August 1975 (BGBl. I S. 2189), wird verordnet:

**§ 1**

Die Ermächtigung zum Erlass von Rechtsverordnungen nach § 23 Abs. 4 Satz 1, § 34 Abs. 2 Satz 2 und § 35 Satz 2 des Bundeswaldgesetzes wird auf den Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten übertragen.

## § 2

## (1) Zuständige Behörden für

die Anerkennung der Forstbetriebsgemeinschaften nach § 18 Abs. 1,  
den Widerruf der Anerkennung nach § 20,  
die Genehmigung der Auflösung eines Forstbetriebsverbandes nach § 36 Abs. 2,  
die Anerkennung der Forstwirtschaftlichen Vereinigungen nach § 38 Abs. 1,  
die Zulassung des Beitritts einzelner Grundbesitzer nach § 38 Abs. 2 und für  
den Widerruf der Anerkennung Forstwirtschaftlicher Vereinigungen nach § 38 Abs. 3 in Verbindung mit § 20 des Bundeswaldgesetzes sind die höheren Forstbehörden.

(2) Hat eine Forstbetriebsgemeinschaft oder eine Forstwirtschaftliche Vereinigung die Rechtsform des rechtsfähigen Vereins mit wirtschaftlichem Geschäftsbetrieb gewählt, so kann ihr durch die höheren Forstbehörden gleichzeitig mit der Anerkennung die Rechtsfähigkeit nach § 22 des Bürgerlichen Gesetzbuches verliehen werden. In diesen Fällen sind die höheren Forstbehörden auch für die Genehmigung von Satzungsänderungen nach § 33 Abs. 2 des Bürgerlichen Gesetzbuches und für die Entziehung der Rechtsfähigkeit nach § 43 Abs. 4 des Bürgerlichen Gesetzbuches zuständig.

(3) Die Zuständigkeit für die Verfolgung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten nach § 43 des Bundeswaldgesetzes wird auf die höheren Forstbehörden übertragen.

## § 3

## Zuständige Behörden für

die Aufforderung an die betroffenen Grundstückseigentümer nach § 22 Abs. 2 Nr. 4,  
das Gründungsverfahren zur Bildung eines Forstbetriebsverbandes nach § 23 Abs. 1,  
die Genehmigung der Satzung eines Forstbetriebsverbandes nach § 23 Abs. 2,  
die Genehmigung der Satzungsänderung eines Forstbetriebsverbandes nach § 31 Abs. 2,  
die Genehmigung zum Ausscheiden von Grundstücken nach § 32 Abs. 2,  
die Aufsicht über den Forstbetriebsverband nach § 34 Abs. 1,  
den Erlass der Satzung nach § 39 Abs. 2 und für  
die Feststellung nach § 39 Abs. 3 Satz 2

des Bundeswaldgesetzes sind die unteren Forstbehörden.

## § 4

Diese Verordnung tritt am Tage nach ihrer Verkündung in Kraft. Gleichzeitig tritt die Verordnung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über forstwirtschaftliche Zusammenschlüsse vom 23. Juli 1970 (GV. NW. S. 628) außer Kraft.

Düsseldorf, den 25. Mai 1976

Die Landesregierung  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Der Stellvertreter  
des Ministerpräsidenten

(L.S.)

Riemer

Für den Minister für  
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der Finanzminister  
Halstenberg

– GV. NW. 1976 S. 237.

**Bekanntmachung in Enteignungssachen**

**Feststellung der Zulässigkeit  
der Enteignung nach § 42 Abs. 2  
des Landesstraßengesetzes – LStrG –  
vom 28. November 1961 (GV. NW. S. 305)**

Vom 31. Mai 1976

Im Amtsblatt für den Regierungsbezirk Düsseldorf vom 6. November 1975, Seite 436, ist bekanntgemacht worden, daß ich die Zulässigkeit der Enteignung von einer Grundstücksteilfläche zugunsten der Gemeinde Grefrath für den Ausbau der Gemeindestraße Tetendonk in Grefrath festgestellt habe.

Düsseldorf, den 31. Mai 1976

Der Minister  
für Wirtschaft, Mittelstand und Verkehr  
des Landes Nordrhein-Westfalen

Im Auftrag  
Dr. Fickert

– GV. NW. 1976 S. 238.

7811

**Verordnung  
zur Aufhebung der Verordnung über die  
Aufhebung der Hofeigenschaft  
Vom 21. Juni 1976**

Aufgrund des § 19 Abs. 5 der Hofeordnung vom 24. April 1947 (Amtsblatt der britischen Militärregierung Nr. 18 S. 505), zuletzt geändert durch § 57 Abs. 11 des Beurkundungsgesetzes vom 28. August 1969 (BGBl. I S. 1513), wird im Einvernehmen mit dem Minister für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten des Landes Nordrhein-Westfalen verordnet:

**Artikel I**

Die Verordnung über die Aufhebung der Hofeigenschaft vom 4. März 1949 (GS. NW. S. 719), geändert durch die Verordnung vom 28. Oktober 1971 (GV. NW. S. 347), wird aufgehoben.

**Artikel II**

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1976 in Kraft.

Düsseldorf, den 21. Juni 1976

Der Justizminister  
des Landes  
Nordrhein-Westfalen  
Dr. Diether Posser

– GV. NW. 1976 S. 239.

**Berichtigung**

**Betrifft:** Verordnung über die Festsetzung von Höchstzahlen der im Wintersemester 1976/77 und Sommersemester 1977 in das erste Fachsemester aufzunehmenden Bewerber an Hochschulen des Landes Nordrhein-Westfalen vom 18. Mai 1976 (GV. NW. S. 186)

In der Anlage muß es richtig heißen:

(Studiengang)	(Hochschule)	(Höchstzahl)
Journalistik	Pädagogische Hochschule Ruhr, Abteilung Dortmund	WS 76/77: 51 SS 77/78: 0

Die Zahlen für den Studiengang Journalistik in der Spalte „Universität Dortmund“ sind zu streichen.

– GV. NW. 1976 S. 239.

**Verordnung  
über die Zuständigkeit der Amtsgerichte bei den auf-  
grund des Gesetzes zur Wiederherstellung der Selbst-  
ständigkeit der Stadt Wesseling (Wesseling-Gesetz)  
und des Gesetzes über Gebietsänderungen im Neu-  
gliederungsraum Düsseldorf eintretenden Änderun-  
gen von Gerichtsbezirken und über die Zuweisung  
von Schöffen und Jugendschöffen aus der Stadt Wes-  
seling**

**Vom 11. Juni 1976**

Aufgrund der Artikel 2 und 3 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderungen der Gerichtseinteilung vom 6. Dezember 1933 (BGBl. III 300 – 4) wird verordnet:

**§ 1**

(1) Soweit nach den Bestimmungen

des Gesetzes zur Wiederherstellung der Selbstständigkeit der Stadt Wesseling (Wesseling-Gesetz) vom 1. Juni 1976 (GV. NW. S. 206),  
und des Gesetzes über Gebietsänderungen im Neugliederungsraum Düsseldorf vom 1. Juni 1976 (GV. NW. S. 214)

Gebietsteile aus dem Bezirk eines Amtsgerichts einem anderen Amtsgericht zugeteilt werden, gehen die im Zeitpunkt der Umgliederung bei dem abgebenden Amtsgericht noch nicht erledigten Geschäfte der freiwilligen Gerichtsbarkeit und der den Gerichten sonst zugewiesenen, in Artikel 1 des Gesetzes über die Zuständigkeit der Gerichte bei Änderungen der Gerichtseinteilung nicht erfaßten Aufgaben insoweit auf das andere Amtsgericht über, als dieses zuständig sein würde, wenn die Angelegenheit erst nach der Änderung der Gerichtsbezirke anhängig geworden wäre.

(2) Für die Verfügungen von Todes wegen, die sich in der besonderen amtlichen Verwahrung des abgebenden Gerichts befinden, sowie für das Schriftgut von Notaren, das sich nach § 51 Abs. 1 der Bundesnotarordnung in der Verwahrung des abgebenden Gerichts befindet, bleibt dieses Gericht jedoch weiterhin zuständig.

**§ 2**

Rechtsvorschriften, die eine andere Regelung vorsehen, sowie die Befugnisse des Präsidenten des Oberlandesgerichts nach § 51 Abs. 1 Satz 2 der Bundesnotarordnung bleiben unberührt.

**§ 3**

(1) Ist der Eintritt von Rechtswirkungen in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit, für die die Zuständigkeit nach § 1 auf ein anderes Gericht übergeht, davon abhängig, daß ein Antrag oder eine Erklärung innerhalb einer bestimmten Frist bei Gericht eingereicht wird, so gilt die Frist als gewahrt, wenn der Antrag oder die Erklärung vor Fristablauf bei dem bisher zuständigen Gericht eingeht. Dieses hat die Sache von Amts wegen an das zuständige Gericht abzugeben.

(2) Absatz 1 tritt ein Jahr nach Änderung der Gerichtseinteilung außer Kraft.

**§ 4**

Die für das Schöffengericht und für das Jugendschöffengericht bei dem Amtsgericht Köln gewählten Schöffen und Jugendschöffen mit Wohnsitz in der Stadt Wesseling werden ab 1. Juli 1976 für den Rest ihrer Amtszeit den entsprechenden Spruchkörpern bei dem Amtsgericht Brühl zugeteilt.

**§ 5**

Diese Verordnung tritt am 1. Juli 1976 in Kraft.

Düsseldorf, den 11. Juni 1976

Der Justizminister  
des Landes Nordrhein-Westfalen  
Dr. Diether Posser

– GV. NW. 1976 S. 239.

**Einzelpreis dieser Nummer 1,10 DM**

Einzellieferungen nur durch den August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, Tel. 6888293/94, gegen Voreinsendung des vorgenannten Betrages zuzügl. 0,50 DM Versandkosten auf das Postscheckkonto Köln 8516-507. (Der Verlag bittet, keine Postwertzeichen einzusenden.) Es wird dringend empfohlen, Nachbestellungen des Gesetz- und Verordnungsblattes für das Land Nordrhein-Westfalen möglichst innerhalb eines Vierteljahres nach Erscheinen der jeweiligen Nummer bei dem August Bagel Verlag, 4 Düsseldorf, Grafenberger Allee 100, vorzunehmen, um späteren Lieferschwierigkeiten vorzubeugen. Wenn nicht innerhalb von vier Wochen eine Lieferung erfolgt, gilt die Nummer als vergriffen. Eine besondere Benachrichtigung ergeht nicht.

---

Herausgegeben von der Landesregierung Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf, Elisabethstraße 5. Druck: A. Bagel, Düsseldorf; Vertrieb: August Bagel Verlag, Düsseldorf. Bezug der Ausgabe A (zweiseitiger Druck) und B (einseitiger Druck) durch die Post. Gesetz- und Verordnungsblätter, in denen nur ein Sachgebiet behandelt ist, werden auch in der Ausgabe B zweiseitig bedruckt geliefert. Bezugspreis vierteljährlich Ausgabe A 15,- DM, Ausgabe B 17,- DM.

Die genannten Preise enthalten 5,5% Mehrwertsteuer.